

(Claus Schmiedel)

Im internationalen Vergleich sind aber die Vermögen fast nicht belastet. Da eine Verschiebung zu machen ist okay.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn wir jetzt sagen würden, wir verzichten jedes Jahr auf 500 Millionen €, dann hieße das: In zehn Jahren, wenn die Schuldenbremse greifen soll, hätten wir 5 Milliarden € zusätzliche Schulden aufgetürmt. Aber nicht mit der SPD, auch nicht mit den Grünen!

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Diese Koalition steht für solide Finanzen. Sie bekommen jetzt die letzte Chance, zu unterschreiben. Haushaltskonsolidierung steht im Vordergrund.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie den Soli hineinschreiben, unterschreibe ich! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir können ja den Zeitungsartikel dranheften! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist bei denen schon angekommen!)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Frau Abg. Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, ich bin schon sehr verwundert. Auf einmal haben Sie das große Thema Steuergerechtigkeit entdeckt. Wo waren Sie denn bisher?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Immer da, wenn Sie jetzt z. B. mit der Grunderwerbsteuer kommen!)

Genau das ist Ihre unsolide Finanz- und Haushaltspolitik: immer auf Pump.

(Abg. Winfried Mack CDU: Steuererhöhungen, Steuererhöhungen, Steuererhöhungen!)

Sie wollen keine Einnahmeverbesserung, Sie wollen keine Aufgabenkritik, Sie wollen die Pensionslasten nicht angehen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie wollen Abzocke ohne Ende!)

und auch die Vorsorge nicht. Sie leben nur auf Pump, und das geht nicht mit uns. Das ist weder gerecht noch sonst etwas. Pump ist ungerecht gegenüber den nachkommenden Generationen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt führen Sie auf einmal die kalte Progression an. Wenn Sie wirklich Steuergerechtigkeit wollen, dann durchforsten Sie doch einmal die Steuergesetze. Gehen Sie an die Subventionen der Hoteliers, die wir dank der FDP/DVP im Wahljahr wieder bekommen haben. Gehen Sie daran, alle Einkünfte gleichmäßig zu besteuern und nicht je nachdem, woher sie kommen.

„Steuergerechtigkeit“ klingt gut, und es ist fast schon rührend, wenn die CDU die IG Metall zitieren muss. Es fangen wirklich neue Zeiten an. Ich finde, da hat die CDU sehr großen Nachholbedarf – nicht nur beim Thema Steuergerechtigkeit, sondern auch beim Umgang mit Institutionen, mit Gewerk-

schaften und Sonstigen. Aber wir helfen gern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist aber lieb von Ihnen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Herr Abg. Kößler.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt, Kollege, ein Gegenfinanzierungsvorschlag!)

Abg. Joachim Kößler CDU: Ich werde keinen Gegenfinanzierungsvorschlag machen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist unsolide!)

– Wir können uns über die Gegenfinanzierung unterhalten. Das bedarf einer grundlegenden Steuerreform.

Ich sage es noch einmal – befassen Sie sich bitte alle damit –: Das, wofür wir uns einsetzen, hat nichts mit Steuersenkung zu tun.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch!)

Das System gebiert Mehreinnahmen durch Inflation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD hält einen Zeitungsartikel hoch. – Abg. Claus Schmiedel SPD: Rülke redet von Steuersenkungen!)

Darum geht es und um nichts anderes.

Lassen Sie doch einmal die Ideologie weg. Es ist doch nicht in Ordnung, dass, je höher die Inflation ist, der Staat umso mehr Steuern einnimmt.

Ich habe mir vorhin schon gedacht, dass Sie die Kommunen mit ins Boot nehmen. Das war mir klar. Herr Schmid, das hätte ich auch gemacht, wenn ich an Ihrer Stelle wäre. Damit erzeugen Sie natürlich emotionalen Aufruhr. Das geht einfach nicht.

Versuchen wir doch einmal, die Sache intellektuell zu betrachten.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Okay, probieren wir es!)

Es ist nun einmal so: Man kann Steuerpolitik ideologisch machen, man kann sie aber natürlich auch fachkompetent machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Frau Aras hat einen entsprechenden Hintergrund. Auch ich habe einen entsprechenden Hintergrund, und zwar einen volkswirtschaftlichen. Ich habe mich einigermaßen intensiv mit Steuerpolitik befasst. Ich sage Ihnen eines: Die Ablehnung von Steuersenkungen ist eine rein emotionale Sache. Aber betrachten wir jetzt, dass im Grunde Steuern auf eine Art eingenommen werden, die nicht gerecht ist.

(Joachim Kößler)

Wenn der Nebel einmal verflogen ist, können Sie doch nicht zulassen, dass die Steuereinnahmen weiterhin inflationsbedingt automatisch steigen. Ich habe es vorhin gesagt: Die kalte Progression hat in den Jahren von 1997 bis 2007 etwa 34 Milliarden € hervorgebracht. Wenn man steuergerecht sein will, kann man es doch nicht so lassen, dass der Staat immer mehr von der Inflation profitiert. Ich verstehe Ihren Eifer hinsichtlich der Steuermehreinnahmen. Ich habe Verständnis dafür, dass Sie diese Mehreinnahmen zurückgeben wollen. Jetzt regieren Sie; in früheren Zeiten hätten Sie anders argumentiert. Auf Dauer kann man die kalte Progression nicht so lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich sage nicht, dass das System morgen geändert werden muss – mir ist klar, dass die Haushalte konsolidiert werden müssen –, aber im Rahmen eines Gesamtpakets wäre das vielleicht eine Möglichkeit.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Nichts dagegen!)

Der Vorschlag mit dem Solidaritätsbeitrag ist meines Erachtens eine Krücke.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das ist eine Krücke. Das müssen wir intellektuell oder rechtlich so feststellen.

Aber wir müssen uns überlegen, ob man in einem Paket an eine Steuerstrukturreform herangeht. In Deutschland gab es seit den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts keine Steuerstrukturreform.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

Aber jetzt sollte man einen Zwischenschritt machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein!)

– Doch.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht auf Pump!)

Das Land nimmt 2 Milliarden € mehr ein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wird auch einmal wieder weniger! Konjunktur! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Das haben Sie schon für neue Stellen in den Ministerien ausgegeben!)

Der Bund nimmt im Verhältnis dazu sehr viel ein. Ein Teil davon, über 1 Milliarde € oder noch mehr, ist wahrscheinlich nur der kalten Progression geschuldet. Es kann nicht gehen, dass der Staat in Zukunft einfach von der Inflation profitiert. Das sagt auch der Präsident der Bundesbank, Herr Dr. Weidmann. Er hat gesagt: Es wäre erwägenswert, die kalte Progression abzuschaffen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist im Grunde das Problem!)

Ich will nicht so weit gehen wie die Schweizer, dass wir im Grunde genommen eine Indexierung vornehmen. Aber jetzt sollte man wirklich einmal den Einstand schaffen. Ich weiß,

Sie kämpfen um das Geld, weil Sie natürlich an anderen Stellen als wir Prioritäten bei den Ausgaben setzen. Sie wollen Prioritäten setzen, die wir vielleicht nicht gesetzt haben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sinnvoll gestalten!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Schuldenberge ohne Ende hinterlassen und solche Sprüche äußern! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich muss noch zwei Sätze loswerden. Es ist sehr richtig, wenn die Regierung derzeit sagt, im Haushalt würden aufgrund dieser Steuergerechtigkeit derzeit 500 Millionen € fehlen. Aber ich denke, es werden auch wieder Millionen Euro hinzukommen, wenn Sie auch denjenigen, die für diese Einnahmen sorgen, ein wenig zurückgeben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Verdient!)

Ich denke, bei dem demografischen Wandel, den wir haben, müssen wir mit den Ressourcen, die wir haben, entsprechend umgehen. Sie tun hier heute so, als ob die kalte Progression keine Leistungsträger beträfe.

Frau Aras, Sie sind Steuerberaterin. Sie müssen das wissen. Ich lade alle Kolleginnen und Kollegen der Regierung ein, sich die Gesichter der Mitarbeiter bei der Öffnung der Lohntüte im November anzuschauen und sich mit diesen über die Jahressonderzahlungen zu Weihnachten und darüber, wie viel Netto vom Brutto übrig geblieben ist, zu unterhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Im gleichen Atemzug wird heute in Berlin über Milliarden Euro, ja sogar über Billionen Euro entschieden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann kommt es auch nicht mehr darauf an?)

Das wird von den Bürgern getragen und gezahlt, die wir hier ein klein wenig zu entlasten versuchen, bei denen wir versuchen, gerecht zu sein. Jetzt fangen Sie an zu rechnen. Herr Schmiedel, ich fand es schön, wie Sie aus 500 Millionen € 5 Milliarden € machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schuldenbremse! In zehn Jahren!)

– Gehen wir einmal von zehn Jahren mit jährlich 2 Milliarden € Steuereinnahmen mehr aus. Dann hätten wir 20 Milliarden € mehr.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch konjunkturell bedingt! Sie kennen doch die Steuereinnahmen aus 2015/2016 nicht! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Leopold Grimm)

Bisher war es immer so, dass man durch die Steuererhöhungen die Konjunktur nicht angekurbelt hat.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir haben früher anders regiert!)

Herr Drexler, ich bin ein Mann aus der Wirtschaft. Ich weiß, dass eine Wirtschaft auch mit Motivation beflügelt werden kann. Dazu bedarf es der Bürgerinnen und Bürger, die da arbeiten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Richtig!)

Deshalb wollen wir den Bürgern, deren Einkommen sich in dem angesprochenen Rahmen bewegt, helfen. Das betrifft ein Jahresgehalt von 8 000 bis 53 000 €. Dazu gehören u. a. auch die jungen Leute, diejenigen, die neu in den Beruf einsteigen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Junge Familien!)

Diese gehören mit dazu. Diese wollen Sie mit der kalten Progression demotivieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die gehen ins Ausland!)

Da sehen wir einen Ansatz für eine sinnvolle Steuersenkung. Dafür stehen wir auch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, möchte ich Sie darüber informieren, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, Tagesordnungspunkt 5 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und auf einen späteren Termin, voraussichtlich 10. November, zu verschieben.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – EnBW fit für die Zukunft machen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Ich darf schließlich auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedaure, dass der Ministerpräsident uns bei dieser Debatte nicht die Ehre seiner Anwesenheit gibt;

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es ist halt nicht wichtig für ihn!)

denn er ist die Ursache für diese Debatte.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Er hat sich in der vergangenen Woche zum Thema EnBW geäußert. Wir erwarten von einem Regierungschef durchaus, dass er für dieses wichtige Energieunternehmen unseres Landes, an dem das Land Baden-Württemberg auch etwa zur Hälfte beteiligt ist, die Verantwortung übernimmt und auch den Weg für die Zukunft weist.

Wir stimmen dem, was der Ministerpräsident in der vergangenen Woche zum Thema EnBW geäußert hat, teilweise zu.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Teilweise!)

Denn er hat gesagt, er könne sich durchaus vorstellen, den Aktienbesitzer der EnBW zumindest mittelfristig in die Hände von anderen Investoren zu überführen. Namentlich hat er Stadtwerke und regionale Energieerzeuger genannt. So weit gehen wir mit.

Was uns weniger gefallen hat, war das Zitat des Kaisers Vespasian: „Pecunia non olet“ – Geld stinkt nicht. Das soll wohl heißen: „Es ist mir eigentlich egal; gern dürfen auch ausländische Investoren kommen.“ Da haben wir durchaus Bedenken.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Denn wir hatten stets ein Ziel – da unterstützen wir den Ministerpräsidenten durchaus –, und nur unter dieser Voraussetzung haben wir vor knapp einem Jahr inhaltlich zugestimmt.

Zum Verfahren habe ich bei der letzten Landtagssitzung schon alles Notwendige gesagt. Der neu gewählte Landtagspräsident hat sich heute auch noch einmal zu diesem Thema geäußert. Aber inhaltlich ist es richtig, und inhaltlich haben Sie es damals auch unterstützt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

Fiskalpolitisch kann man heute sagen, es war falsch, denn der Wertverlust wurde realisiert. Es ist aber ordnungspolitisch richtig, weil wir das Ziel verfolgen können, mehr Wettbewerb in diesen Markt zu bringen. Da unterstützen wir, wie gesagt, die Pläne des Ministerpräsidenten, soweit sie sich auf Stadtwerke und regionale Energieerzeuger konzentrieren.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann betritt den Plenarsaal.)

Dann ist es auch energiepolitisch richtig. Aber es ist industriepolitisch falsch, wenn er sagt: Es ist mir eigentlich egal, woher das Geld kommt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er ist jetzt da!)

– Das freut mich. – So ist diese Äußerung ja zu verstehen.

Die EnBW fit für die Zukunft zu machen – was bedeutet das? Es bedeutet natürlich, die Energiewende anzunehmen. Sie ist

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ein Faktum. Wir wollen nicht mehr darüber diskutieren, ob es richtig oder falsch gewesen ist, die Laufzeitverlängerung vorzunehmen oder Laufzeiten abzukürzen oder wie auch immer. Faktum ist: Wir müssen uns jetzt mit dem abfinden, was beschlossen worden ist. Das ist ein schwieriger Prozess für die EnBW. Es ist ein schwieriger Prozess für die Energieversorgung im Land Baden-Württemberg. Aber wir müssen ihn annehmen.

Wir wollen vor allem wissen, was die Landesregierung vorhat. Wir wollen auch wissen, was die Landesregierung mit der EnBW vorhat. Es reicht nicht, zu sagen, was man sich alles vorstellen kann, sondern man muss deutlich machen, welchen Weg man zu gehen gedenkt.

Dabei unterstützen wir Sie beim Thema Stadtwerke und beim Thema „Regionale Energieerzeuger“, weil diese auch auf die dezentralen Strukturen, die notwendig sein werden, hinarbeiten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das brauchen wir dazu!)

Wir wollten stets – hier treffen sich unsere Intentionen –, dass die Anteile der EnBW weg vom französischen Staatskonzern und hinein ins Land Baden-Württemberg, zu Stadtwerken, zu regionalen Energieerzeugern, gehen. Wir wollten nach Möglichkeit auch das Kapital hierfür aus dem Land haben. Insofern würden wir gern von Ihnen wissen, was Sie sich dazu konkret vorstellen.

Wir hätten gern Antworten, etwa auf die Frage: Wie stellen Sie sich die Führung der EnBW vor? Ich glaube, es ist an der Zeit, deutlich zu machen, ob sich auch das Land zur Person Villis bekennt. Die OEW tun dies offensichtlich, die Mitarbeiter tun es offensichtlich auch. Der Konzern verdient es, zu wissen, wie es weitergeht. Bitte, Herr Ministerpräsident, äußern Sie sich zu dieser Personalfrage.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger im Land Baden-Württemberg und auch die Mitarbeiter der EnBW müssen darüber informiert sein, wie Sie sich zur Frage der Kapitalerhöhung stellen. Die OEW können sich vorstellen, 400 Millionen bis 600 Millionen € im Zuge der Kapitalerhöhung zuzuschießen. Wie sieht das beim Land Baden-Württemberg aus? Können Sie sich das auch vorstellen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was stellen Sie sich denn vor?)

Schließlich ist die Frage: Wie ist es, wenn Sie sich das nicht oder nur teilweise vorstellen können? Können Sie sich auch vorstellen, dass dann die OEW die Mehrheit, also ein größeres Aktienpaket als das Land Baden-Württemberg, übernehmen?

All das sind Fragen, auf die die Bürgerinnen und Bürger im Land Baden-Württemberg und die Mitarbeiter der EnBW Antworten verdienen. Bitte, Herr Ministerpräsident, geben Sie diese Antworten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Nemeth das Wort.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Präsident Wolf, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Debatte findet in einer zugegebenermaßen schwierigen Situation statt. Derzeit steht in jeder Zeitung, die ich aufschlage, etwas über die EnBW.

Wir reden hier in einer besonderen Verantwortung des Landes. Wir reden nämlich über 20 000 Mitarbeiter. Wir reden über 5 Milliarden €, die das Land in die Eigentümerschaft investiert hat. Wir reden auch über ein Unternehmen, das für die Energiewende in Baden-Württemberg und Deutschland unerlässlich ist.

Wir haben für die Energiewende nicht ewig Zeit. Im Grunde haben wir gerade einmal zehn Jahre Zeit, um die Energiewende zu gestalten. Da ist jeder Tag wichtig. Deswegen verstehe ich auch nicht – das muss ich gleich am Anfang sagen –, weshalb sich die Landesregierung mit dieser Debatte über die neue Strategie so viel Zeit lässt.

(Zurufe von den Grünen)

Alle, die im Auftrag der Landesregierung im Aufsichtsrat des Unternehmens sitzen, sagen – allen voran Herr Minister Schmid; er sagt dies schon seit Wochen und Monaten –, dieses Unternehmen hätte keine Strategie. Das ist übrigens ziemlich der übelste Vorwurf, den man einem Unternehmen in dieser Größe machen kann. Ich glaube eher, die Landesregierung hat keine Strategie bei der EnBW.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Strategie im Bereich der Produktion, also im Kerngeschäft der EnBW, ist schon immer völlig klar. Ich kann sie Ihnen auch erklären.

(Minister Dr. Nils Schmid: Wow! Jetztt aber!)

Die EnBW will und muss – das ist auch von der Politik vorgegeben – aus der Kernenergie und den fossilen Energien aussteigen. Wer aussteigt, muss auch einsteigen. Deswegen investiert die EnBW in große Projekte für erneuerbare Energien. Sie waren doch alle dabei. Sie waren beim Wasserkraftwerk dabei, Sie waren bei Baltic 1 dabei. Das sind riesige Investitionen.

Die EnBW sagt, sie brauche 5 Milliarden €, um die Energiewende kraftvoll zu gestalten. Wir, das Parlament, haben doch einen Konsens über den Auftrag, diesen Umstieg so zu organisieren. Dazu brauchen wir die EnBW. Und was machen Sie? Seit Monaten lassen Sie die EnBW am langen Arm verhungern. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich muss Ihnen sagen: Es ist schon bemerkenswert, dass 500 Kreisräte in zwei Stunden die EnBW-Strategie verstehen, akzeptieren und bereit sind, 400 bis 600 Millionen € für die Kapitalerhöhung bereitzustellen. Es ist auch bemerkenswert, dass Anleger am Kapitalmarkt, die nur Kapitalinteressen haben – keine Landesinteressen, keine ökologischen Interessen, keine Interessen an der Energiewende –, bereit sind, 750 Millionen €

(Paul Nemeth)

zu investieren. Aber das Land sagt gar nichts zur Kapitalerhöhung. Es traut offensichtlich dem eigenen Unternehmen nicht. Sie reden mit dieser Diskussion den Wertverlust ein Stück weit herbei. Das ist nicht gut für das Unternehmen, und es ist auch nicht gut für die Mitarbeiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wir, die CDU-Fraktion, möchten an dieser Stelle das jahrelange Engagement und das Vertrauen loben, das die OEW in den letzten Wochen und Monaten in dieses Unternehmen gesetzt haben. Die OEW sind auch dann an Bord, wenn die Luft einmal ein bisschen dünner wird. Sie nehmen die Verantwortung als Eigner gegenüber den Mitarbeitern wahr, und sie nehmen den Auftrag, die Energiewende anzugehen – wofür wir die EnBW doch wollen –, ernst und setzen ihn um. Herr Minister Schmid, davon könnten Sie sich einmal eine Scheibe abschneiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Minister Dr. Nils Schmid: Einfach nur Geld
hineinschießen?)

Die EnBW hat im Grunde doch ein klares Programm, das öffentlich bekannt ist. Erstens sollen durch die Einsparprogramme – Stichwort FOKUS – 250 Millionen € bei den Mitarbeitern und zusätzlich 500 Millionen € im Betriebsbereich gespart werden. Zweitens geht es um den Verkauf der Unternehmensanteile. Drittens geht es um die Akquirierung von neuem Kapital über die Hybridfinanzierung – ein schöner und moderner Begriff. Es ist ja sehr populär, über Hybrid zu reden; das wissen wir Energiepolitiker. Im Grunde ist es ein bisschen eine „wilde Ehe“, aber auf jeden Fall ist es gutes Geld, das die EnBW auch brauchen kann.

Viertens – da sind Sie jetzt gefragt – geht es um die Kapitalerhöhung durch die Anteilseigner. Dazu hat doch der Vorstand ganz klar gesagt: Wir brauchen das Geld, um unser Rating am Kapitalmarkt zu halten. Wenn wir es nicht halten, wenn Sie, die Landesregierung, kein Vertrauen in das Unternehmen haben, dann bedeutet das einen Zinsverlust von einem Prozentpunkt. Das wären umgerechnet 50 bis 70 Millionen €, die die EnBW mehr an Schuldenlast pro Jahr hätte, nur weil das Land nicht Ja zu dieser Kapitalerhöhung sagt. Das ist finanzpolitisch, energiepolitisch und übrigens auch wirtschaftspolitisch ein Treppenwitz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg.
Jürgen Walter GRÜNE)

Da muss ich schon einmal fragen: Warum ist das so? Warum sagen alle Beteiligten Ja – sogar diejenigen, die nur an der Verzinsung ihres Geldes am Kapitalmarkt interessiert sind –, warum steigen alle ein, nur das Land nicht? Da muss es doch offensichtlich andere Motive geben. Ich glaube, die EnBW ist einfach bei Ihren Wählern und auch bei den Leuten in Ihrer Partei ein ungeliebtes Kind.

(Zuruf von den Grünen)

Sie wollen sie nicht haben; sie sehen noch immer ein bisschen das Atomunternehmen im Hintergrund. Deswegen setzen Sie die Interessen Ihrer Partei vor die Interessen des Landes, und das ist schlecht.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von den Grünen –
Zuruf: Warum habt ihr die EnBW dann überhaupt ge-
kauft?)

Die CDU-Landtagsfraktion will eine starke EnBW, und zwar aus drei Gründen: Erstens tragen wir als Miteigentümer Verantwortung für die 20 000 Mitarbeiter und deren Familien.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: 41,50 €!)

Zweitens brauchen wir die EnBW für die Energiewende.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Das geht nicht allein, und es geht auch nicht lediglich mit den Stadtwerken. Die Stadtwerke sind wichtig. Sie sind ein ganz wichtiger Baustein. Aber wir in Baden-Württemberg haben auch die Chance, mit diesem großen Konzern die Energiewende kraftvoll voranzubringen. Dies ist gerade bei großen Projekten von Vorteil; die EnBW hat dies mit Baltic 1 bereits bewiesen.

Dabei ist nun ein weiterer Baustein erforderlich: Auf die Landesregierung kommt eine weitere Aufgabe zu – die sie allerdings nicht wahrnimmt; zumindest ist dies nicht wahrnehmbar –, nämlich die, die Zusammenarbeit zwischen der EnBW und den Stadtwerken zu moderieren. Auch hier ist von der Landesregierung – hier wären Sie natürlich als Mittler gefordert – nichts zu sehen. Wir fordern gerade für den Bereich Netze ein stärkeres Engagement der Landesregierung, um die Stärken der EnBW mit den Stärken der Stadtwerke vor Ort bei den Netzen und bei Projekten der Kraft-Wärme-Kopplung voranzubringen.

Hier wäre die Landesregierung auch gefordert. Aber leider ist von einem Engagement nichts zu sehen. Deswegen müssen wir Ihre Haltung, Ihre Politik in den letzten Wochen und Monaten ein Stück weit rügen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Rügen?)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht nun Frau Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt ein starker Auftritt von Herrn Nemeth.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Paul Nemeth CDU: Danke, danke!)

Ich bin bass erstaunt, wie sehr Sie sich hier ins Zeug gelegt haben. Es ist wirklich mutig, wenn Sie sich hier hinstellen und der neuen, grün-roten Landesregierung vorwerfen, sie würde im Interesse der Partei und nicht im Interesse des Landes handeln –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So wie bei S 21!)

angesichts dessen, dass wir doch gerade in den vergangenen Tagen wieder überall vom EnBW-Deal des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus lesen konnten, und ange-

(Edith Sitzmann)

sichts dessen, dass wir heute mehr denn je wissen, dass es dabei in keiner Weise um das Interesse des Landes ging.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no!)

Das Interesse bestand einzig und allein darin, sich vor der Landtagswahl als starken Mann zu präsentieren

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie etwas aus dieser Chance!)

und den Machterhalt zu sichern. Darum ging es doch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie etwas aus Ihrer Chance!)

Deshalb sage ich: Kommen Sie wieder auf den Boden.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Was auch nicht geht, werte Kolleginnen und Kollegen, ist, wenn man eine Debatte zur EnBW beantragt, in Bezug auf die Vergangenheit einfach zu sagen: „Schwamm drüber! Das interessiert uns nicht.“

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nemeth?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Später vielleicht.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das habe ich mir gedacht! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Er hat schon so lange geschwätzt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt sagen Sie einmal, was Sie aus der EnBW machen wollen! Dann erübrigt sich vielleicht die Zwischenfrage! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eure Rede sei: Ja, ja, nein, nein!)

Was nicht geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, sich hier hinzustellen und die Vergangenheit einfach vollkommen auszublenden, auszublenden, unter welchen Bedingungen das Land die EnBW-Aktien von der EdF zurückgekauft hat – nämlich vorbei an der Verfassung des Landes, klar verfassungswidrig, rein zum Machterhalt der CDU,

(Oh-Rufe von der CDU)

und auch noch zum wirtschaftlichen Nachteil dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wissen wir schon lange! Aber sagen Sie uns endlich, was Sie machen wollen! Was machen Sie daraus?)

und Sie sollten Ihre Fehler eingestehen.

Ihnen war vor der Landtagswahl jedes Mittel recht. Das hat dazu geführt, dass Sie einen vollkommen überhöhten Preis für die Aktien bezahlt haben. Das ist heute mehr denn je offensichtlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben Sie schon mehrfach gesagt!)

Die EdF – das konnten wir erst in der vergangenen Woche wieder nachlesen – hatte gar keine Absichten, an dubiose ausländische Investoren aus dem Osten zu verkaufen – oder was da sonst noch vom ehemaligen Ministerpräsidenten immer erzählt worden ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Reine Erfindung! Die Absicht hatte nur Herr Mappus!)

Nein, das Preisangebot war so attraktiv, dass man es schlicht nicht ausschlagen konnte. Das war der Grund, warum die EdF zugeschlagen hat. Damit haben Sie den Baustein dafür gelegt, dass es heute mit der EnBW in Baden-Württemberg wirtschaftlich schwierig ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Letztlich gab es ein paar Gewinner. Der eine Gewinner ist die EdF. Und dann gibt es einige Berater, die mit Provisionen gut verdient haben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Spezi-Wirtschaft!)

Aber das Land hat nichts gewonnen. Sie, Herr Kollege Hauk, haben diesen Deal von Anfang an gedeckt, und Sie haben es bis heute nicht für nötig befunden, sich von diesem Fehler der Vergangenheit klar zu distanzieren. Das erwarten wir noch immer – gerade von Ihnen als CDU-Fraktionsvorsitzendem.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Unsinn! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und wir erwarten, dass Sie endlich handeln!)

Dazu gehört, dass Sie einen Beitrag dazu leisten, dass alle Beteiligten endlich die Karten auf den Tisch legen, dass die Märchenstunde vorbei ist und dass Sie für öffentliche Aufklärung darüber sorgen, wie dieser Deal zustande gekommen ist. Da sind Sie, Herr Kollege Hauk, in der Pflicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie geht es weiter?)

Wir werden Ihre Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen, sondern wir werden sehr verantwortungsbewusst mit der Aufgabe umgehen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie denn?)

die das Land hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Geht es ein kleines bisschen konkreter?)

Dabei müssen Sie die Tatsachen zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bitte ein bisschen Inhalt! – Gegenruf von den Grünen: Wie in der Muppet Show!)

Es stimmt eben nicht, dass der Atomausstieg vom Himmel gefallen ist, werte Kolleginnen und Kollegen. Es gab einen Atomkonsens unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Den hat die EnBW mit unterschrieben und dennoch unnötig lange an der Atompolitik festgehalten.

(Edith Sitzmann)

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Aber nicht nur das ist schwierig, meine Damen und Herren, sondern schwierig ist auch, dass es weitere Sonderbelastungen gibt, die die EnBW zu tragen hat und die die heutige Situation schwierig machen. Man kann übrigens in der Pressemitteilung über den Halbjahresbericht nachlesen, dass es Sonderbelastungen gibt und dass Wertberichtigungen in Höhe von 615 Millionen € vorgenommen werden müssen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das können wir selbst lesen! Aber wie geht es denn weiter?)

Meine Damen und Herren, es sind einfach Fehlentscheidungen, Fehlinvestitionen getroffen worden, für die auch der Vorstandsvorsitzende der EnBW Verantwortung trägt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

Wenn wir diese Fakten zur Kenntnis nehmen, dann ist doch völlig klar, dass die EnBW eine neue Strategie braucht,

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt haben wir einen Teil Ihrer Strategie schon verstanden!)

und zwar bevor wir uns mit der Frage beschäftigen: Soll sich das Land weiter beteiligen oder nicht?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Klar ist: Zum jetzigen Zeitpunkt ist diese Frage nicht entscheidungsreif. Ich bin gespannt, welche Vorschläge Sie haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach so!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rülke, wenn Sie sich hier hinstellen und mit großen Worten sagen, es sei ein Fehler, wenn man Anteile der EnBW ins Ausland verkaufte, dann frage ich: Warum haben Sie es dann gemacht?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben sie doch nach Frankreich verkauft – Sie auch.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Da war er doch noch gar nicht im Landtag!)

Jetzt schildern Sie diese Nacht-und-Nebel-Aktion als Großtat. Wir wissen allmählich genauer, welche Absicht dahintersteckte. Man muss nämlich wissen, wer bei der Vorbereitung dabei war: Es war nicht der Finanzminister dabei, sondern es war der Wahlkampfmanager dabei.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Jetzt fragt man sich: Was zeichnet denn einen Wahlkampfmanager an Sachverstand bei einer solchen Transaktion aus?

Herr Kollege Nemeth, Sie verweisen darauf, dass 600 Kreiskräte nach zwei Stunden der Bereitstellung von 400 bis 600 Millionen € für eine Kapitalerhöhung zugestimmt haben. Da muss man jetzt einmal konkret werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es war auch ein Sozialdemokrat dabei!)

Die OEW und der von ihnen bestellte Aufsichtsratsvorsitzende Hoffmann

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber jetzt Vorsicht!)

waren vor vier Jahren dabei, als die EnBW eine Beteiligung bei der EWE in Höhe von 2,2 Milliarden € eingegangen ist. Diese 2,2 Milliarden € an eigenen EnBW-Mitteln, die dort liegen, haben in den letzten beiden Geschäftsjahren eine Rendite von 1,1 % abgeworfen. 1,1 %! Jetzt geht die EnBW mit Unterstützung der OEW und des Aufsichtsratsvorsitzenden an den Kapitalmarkt und sagt: „Wir haben kein Geld mehr, gebt uns frisches Geld, wir zahlen 7,4 % Zinsen.“ Ist das eine Strategie, die plausibel in die Zukunft führt, erst 2 Milliarden € an eigenem Geld für 1,1 % anzulegen und jetzt, da man kein Geld mehr hat, am Kapitalmarkt für 7,4 % Geld aufzunehmen?

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Diese Rechnung mag Sie überzeugen, aber uns nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Deshalb tut die Regierung gut daran, nicht nur auf Sprechblasen zu hören wie: „Wir wollen im Norden investieren“, „Wir wollen hier investieren“, „Wir wollen in die Türkei“, „Wir machen da etwas.“ Wir wollen vielmehr eine finanziell unterlegte Strategie sehen. Diese liegt mitnichten vor.

(Abg. Peter Hauk CDU: Welche haben denn Sie?)

Das Beispiel, das ich erwähnt habe, zeigt, dass es gut gewesen wäre, wenn die OEW und der Aufsichtsratsvorsitzende Hoffmann früher genauer hingeschaut hätten, wo das Geld, das ja vorhanden war, hingeht. Jetzt bringt dieses Geld wenig Erträge, und man braucht frisches Geld. Das, was bisher auf dem Tisch liegt, ist nicht plausibel. Deshalb wird die Regierung zum richtigen Zeitpunkt ihre Antwort formulieren, aber dann substantiell.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Dann ist das Rating weg, wenn Sie so weitermachen!)

– Das Rating ist überhaupt nicht weg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Leute, das ist eine Firma! Da kann man nicht so reden!)

Was mich irritiert, ist, dass z. B. der Aufsichtsratsvorsitzende – der ja dem gesamten Unternehmen verpflichtet ist –, wie in der Zeitung zu lesen war, aus zwei Töpfen bedient wird.

(Abg. Peter Schneider CDU: Das ist doch Käse! Entschuldigung!)

– Ich gebe nur wieder, was in der Zeitung steht. Ich bin da ja nicht dabei.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)